Bezirk Mitte

Medieninformation

24.10.2017
40/2017

Tarifkommissionen im IG Metall Bezirk Mitte beschließen Forderungen

6 Prozent mehr Geld – Arbeitszeiten, die zum Leben passen

Frankfurt am Main/Mörfelden-Walldorf. Am heutigen Dienstagvormittag haben die Tarifkommissionen des Bezirks Mitte der IG Metall (zuständig für Hessen, Rheinland-Pfalz, das Saarland und Thüringen) die Weichen für die kommende Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie gestellt. Das Forderungspaket, dem die Tarifkommissionen zugestimmt haben, umfasst im Einzelnen folgende Punkte:

- eine Erhöhung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen um 6 Prozent bei einer Laufzeit von zwölf Monaten,
- einen Rechtsanspruch für jeden Beschäftigten auf die Reduzierung der individuellen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit auf bis zu 28 Stunden für eine Zeitdauer von bis zu 24 Monaten,
- für Beschäftigte in belastenden Arbeitszeitmodellen einen tarifdynamischen Zuschuss in Form eines Festbetrags von 750,- Euro pro Jahr, soweit die Arbeitszeit um 10 Tage pro Jahr oder mehr verkürzt wird,
- für Beschäftigte, in deren Haushalt Kinder unter 14 Jahren leben oder die pflegebedürftige Familienangehörige haben, einen tarifdynamischen Zuschuss in Form eines Festbetrags von 200,- Euro pro Monat, soweit die wöchentliche Arbeitszeit um 3,5 Stunden oder mehr reduziert wird.

Beide Zuschüsse sind damit begründet, dass sich auch Arbeitnehmer mit geringeren Entgelten die zeitweise Verkürzung der Arbeitszeit leisten können sollen.

Darüber hinaus strebt die IG Metall Regelungen zum Personalausgleich für die Umsetzung der individuellen Wahloption auf Arbeitszeitreduzierung an. Dazu fordern die Tarifkommissionen für Auszubildende einen vergüteten freien Tag je Prüfungstag zur Prüfungsvorbereitung.

Für das Tarifgebiet Thüringen verlangt die IG Metall zudem eine belastbare Verhandlungsverpflichtung für einen Prozess zur Angleichung der Entgelte, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen.

»Damit nehmen wir uns viel vor«, fasst Jörg Köhlinger, Bezirksleiter der IG Metall im Bezirk Mitte, das Paket zusammen. »Aber unsere Forderungen und Anliegen sind nicht nur gut begründet, sondern auch verantwortungsvoll und angemessen. Mehr Geld und Arbeitszeiten, die zum Leben passen – so unterstreichen wir den Anspruch der Beschäftigten auf mehr Fairness und mehr Gerechtigkeit in der Arbeitswelt«.

Mit einer »verkürzten Vollzeit« will die IG Metall die Arbeitszeiten in der Metall- und Elektroindustrie »neu vermessen«, so Köhlinger. »Den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist es heute wichtig, mehr Einfluss auf die eigene Arbeitszeit zu erhalten, auch mal kürzertreten zu können, die work-life-balance ausgewogen zu halten«. Zu sehr hätten die Metallarbeitgeber in den vergangenen Jahren an der Schraube der Flexibilität gedreht, damit die tatsächlichen Arbeitszeiten zu Lasten der Beschäftigten ausgedehnt, zu gering seien die Möglichkeiten des einzelnen Beschäftigten, seine individuelle Arbeitszeit zu begrenzen. Nun werde sich die IG Metall für tariflich geregelte Rechtsansprüche der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Metall- und Elektroindustrie einsetzen. Dafür, so Köhlinger, habe man nicht nur viele gute Argumente, sondern auch eine große Entschlossenheit der IG Metall-Mitglieder, die Arbeitszeitregelungen in den Tarifverträgen zu verbessern.

Auch wirtschaftlich sieht der Bezirksleiter der IG Metall die Tarifforderungen als gut begründet an. Seit acht Jahren wachse die deutsche Metall- und Elektroindustrie und auch für 2018 deute nichts auf ein Ende des Wachstums hin. »Das bestreiten ja nicht einmal die Arbeitgeberverbände«. Jede Erhöhung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen stärke die Binnennachfrage und damit wiederum die Wirtschaft. Im Übrigen seien die guten wirtschaftlichen Rahmendaten das Ergebnis harter Arbeit, die die Beschäftigten Tag für Tag in den Unternehmen leisten.

»Ein wichtiges Anliegen ist schließlich auch die Perspektive einer vollständigen Angleichung der ostdeutschen Tarifregelungen. Die Beschäftigten in Thüringen arbeiten 27 Jahre nach der Einheit immer noch drei Stunden länger pro Woche, fast einen Monat pro Jahr länger, und bekommen dafür unter dem Strich weniger Entgelt als im Westen. Diese Spaltung unseres Landes wollen wir überwinden, das ist überfällig – zumal es sich bei dieser Spaltung häufig um eine Spaltung unter dem Dach des gleichen Konzerns handelt«, kündigt

Köhlinger eine entsprechende Initiative der IG Metall an. Es sei einfach nicht mehr nachvollziehbar, warum die Metaller bei Siemens, Bosch, Carl Zeiss oder Opel an den thüringischen Standorten anders behandelt würden als in Erlangen, Stuttgart, Oberkochen oder Rüsselsheim.

Die endgültige Forderung wird vom Vorstand der IG Metall am 26. Oktober beschlossen. Die ersten Verhandlungen finden am 16. November in Mainz (für die Mittelgruppe) und am 22. November in Arnstadt (für Thüringen) statt, für den Dezember sind weitere Verhandlungen terminiert. Die geltenden Tarifverträge werden zum 31. Dezember 2017 gekündigt, auch dazu haben die Tarifkommissionen der IG Metall die entsprechenden Beschlüsse gefasst. Am 31. Dezember endet auch die Friedenspflicht. Bereits ab 1. Januar 2018 kann damit zu Warnstreiks aufgerufen werden. Die Tarifverträge für die Metall- und Elektroindustrie regeln die wesentlichen Arbeitsbedingungen für rund 420.000 Beschäftigte der Metall- und Elektroindustrie in Hessen, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Thüringen.

IG Metall-Bezirksleitung Mitte
Pressestelle
Wilhelm-Leuschner-Str. 93, 60329 Frankfurt
Telefon: (069) 6693 3303
Mobil: (0160) 533 02 67
E-Mail: presse.bezirkmitte@igmetall.de
Internet: www.igmetall-bezirk-mitte.de